Erscheint täglich
Abends 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 4/5.
Redacteur Fr. Hüttner.
Sprechstunde d. Redaction
täglich von 11—12 Uhr
und täglich von 4—5 Uhr.
Inserate für die nächstfolgende Nummer bestimmten
werden an den Wochentagen
bis Nachmittags.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Raths der Stadt Leipzig.

Auflage 9200.
Abonnementspreis
Vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Ngr.;
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 10 Ngr.
Jede einzelne Nummer 2½ Ngr.
Gebühren f. Extrabeilagen 9 Thlr.
Inserate
die Spaltzeile 1¼ Ngr.
Reclamen unter d. Redactionsstrich
die Spaltzeile 2 Ngr.
Filiale
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Local-Comptoir Hainstraße 21.

296. Montag den 23. October. 1871.

Gewerbekammer-Wahl.

Ergänzungswahl für die Gewerbekammer findet
Montag den 23. October a. c. Nachmittags ½4 Uhr
Rathsstube des hiesigen Rathhauses statt, und werden die ernannten Wahlmänner unter
Bezug auf die einem Jeden von ihnen recommandirt durch die Post zugesendeten Einladungen
unter Hinweis auf die gesetzliche Bestimmung, wornach auf Kosten der unentschuldigt Aus-
bleibenden eine Neuwahl zu veranstalten ist, wenn nicht mindestens die Hälfte der Wahlmänner
auch hierdurch um allseitiges **pünctliches** Erscheinen ersucht.

Leipzig, den 21. October 1871. **Der Vorsitzende der Gewerbekammer.**
Wilhelm Häckel.

Bekanntmachung.

Gemäßheit der Kirchenvorstandsordnung §. 17 scheidet je nach 3 Jahren die Hälfte der
Vorsteher aus. Diese Hälfte wird nach den ersten 3 Jahren, insofern nicht eine gütliche Ver-
einigung über unter den Mitgliedern stattfindet, durch das Loos bestimmt.
Aus dem Kirchenvorstand der **Thomasparochie** ist durch den Tod ausgeschieden Herr **Vieweg**,
durch Ausloosungswechsel Herr Kaufmann **Scharf**; in Folge gütlicher Vereinigung scheiden aus die
Herren **Biedermann, Georgi** und **Panitz**, endlich durch das Loos die Herren
Stadtrath **Baumgarten**, Kaufmann **Gottlieb**, Stadtrath **Günther**. Die genannten
Herren sind jedoch wieder wählbar.

Die **Ergänzungswahl** für die Parochie St. Thomä ist von uns auf
Montag den 23. October
anberaumt worden und wird in der **Alten Waage** Vormittags 11—1 Uhr, Nachmittags 3 bis
5 Uhr stattfinden. Hierbei ist zu bemerken:

1) **Stimmberechtigt** sind nur Diejenigen, welche, in Folge der ergangenen öffentlichen Aufforderung, in den Tagen vom 24. August bis 2. September sich zu diesem Behuf angemeldet haben und in die seither geprüfte Liste eingetragen worden sind.
2) Die Wahl hat zu erfolgen durch **schriftliche** Stimmgebung. Uebrigens hat jeder Wähler persönlich zu erscheinen, und kann nur in eigener Person das Wahlrecht ausüben.
3) Jeder Wähler hat 8 Gemeindeglieder, die mindestens 30 Jahre alt sind und vermöge ihrer Wohnung dem Parochialbezirk der Thomaskirche angehören, niederzuschreiben und nach Tauf- und Familiennamen, Stand und Beruf genau zu bezeichnen.

Wir fordern nun die für dieses Mal stimmberechtigten Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche, soweit sie dem Sprengel der Thomaskirche angehören, auf, an dem genannten Tage, 23. d. Mts., innerhalb der angegebenen Stunden ihr kirchliches Wahlrecht auszuüben.

Leipzig, 7. October 1871. **Wahlausschuß zu St. Thomä.**
Dr. Gottfried Lechler, Pastor. August Louis Erselius. Robert Wilhelm Frenkel. Dr. Otto Ferdinand Günther. Julius Richard Heine. Eduard Hermsdorf. Otto Heinrich Klemm. Julius Klinkhardt. Franz Schneider. Ludwig Schöne. Dr. Eduard Stephani. Dr. Julius Oscar Zenker.

Vom Reichstage.

21. October. Die Abtheilungen traten
Wahl der Fachcommissionen zusammen.
hat folgendes Resultat ergeben:
Geschäfts-Ordnungs-Commission:
Bernuth (Vorsitzender), Freiherr Schenk
berg (Stellvertreter), Valentin (Schrift-
Dr. Minckwitz (Stellvertreter), Graf
Hannover), Dr. Schwarze, v. Lenthe,
(Berlin), Graf Rittberg, v. Denzin,
Frisch, Wolffson.
Petitions-Commission: Abgg. Dr. Ste-
(Vorsitzender), v. Oheimb (Stellvertreter),
(Schriftführer), Dernburg (Stell-
Dr. Grimm, v. Below, Jacobi, Lentz,
Wetzenstein, Westphal, Albrecht, Kißner,
Zweibrücken), Dr. Weigel, Dr. Banks,
Schmidt (Stettin), Dickert, Graf Bethusy-
Huc, Günther (Sachsen), v. Kusserow,
Wallinckrodt, Freiherr v. Landsberg-
Velen, Dr. Moufang, v. Kranach.
Wahlprüfungs-Commission: Abgeordneter v.
(Vorsitzender), v. Bodelschwing (Stell-
Frhr. v. Zedlitz (Schriftführer), Bernards
Oehmichen (Schriftführer), Frhr.
Schriftführer), Hoffmann (Schrift-
v. Herwann, v. Schön, v. Kar-
v. Heeremann, Frhr. v. Reichlin-
Frhr. v. Hoverbeck, Richter, v. Wedell,
Buhl, Georgi, v. Benda, Miquel,

Abtheilung des Reichstages hat sich
Wahlprüfungen beschäftigt und zwar
Wahl des Legations-Secretair Frhr. v.
Düsseldorfer Wahlbezirk. Diese Wahl
Reichstage in der vorigen Session be-
und die vom Reichskanzler veranlaßte
hat so viele Irregularitäten bei der
daß die Abtheilung mit allen gegen
den Antrag auf Ungültigkeits-
der Wahl stellt. Berichterstatter ist
Dr. Gneist.

Geschichtliche Uebersicht.

Wir erwähnten wir Herrn Benedetti
Enthüllungen, in welchen er die
für den frivolen Friedensbruch
allein und ausschließlich dem Kaiser
Ministern des Auswärtigen zuschiebt,
sich lediglich die Rolle eines eifrigen
Berichterstatters in Anspruch nimmt.
Gesetzentwurf konnte er natürlich nicht
; da er hier aber thätiger einge-
sonst zugestehen will, und an dem
schimpflichen Machination eifrig
so begnügte er sich mit einer Wieder-
der lächerlichen Bemäntelungen, die
zum Besten gegeben. Er unter-
wir schon berichtet, die von ihm in
Angelegenheit abgefaßten Depeschen
täglichen Vorwande, daß Herr Rouher
Archiv des auswärtigen Ministeriums
vergessen habe; er könne aber nur
veröffentlichen, deren Echtheit sich
Prüfung mit den in jenem Archiv
erweisen lasse. Ein glücklicher
findet nun Herrn Benedetti dieser
Rücksicht. Schon während des
versicherte, daß bei der Besetzung von
durch die deutschen Truppen ein
diplomatischer Fund gemacht worden sei.
Mittheilung des „Deutschen Reichs-
zeigt nun, daß die deutsche Re-
sich in dem Besitze eines Materials be-
welchem nicht blos alle bisherigen Aus-
Herrn Benedetti kläglich scheitern, son-
auch allen ähnlichen Versuchen, die etwa
Napoleon III. und seinen früheren
gemacht werden könnten, von vornherein
abschneidet. Die Entwürfe, mit denen
der Exkaiser die Unabhängigkeit der Nachbarländer und den Frieden Europas bedrohte, sind in ihrem ganzen Zusammenhange so schlagend enthüllt, daß keine weitere Einrede möglich ist. Jede Maske fällt, auch die des Herrn Benedetti, als bloßen treuen Reporters. Nachdem er vom März bis Juni 1866 zehnmal nach Paris geschrieben, daß an eine freiwillige Abtretung deutschen Gebiets durch den König von Preußen gar nicht entfernt zu denken sei, wird ihm — und zwar nach Preußens glänzendem Siege — der Auftrag zugesandt, nicht blos einen Theil des linken Rheinufers mit Mainz, sondern obendrein Luxemburg und Belgien sich abtreten zu lassen. Und er unterzieht sich dieser Aufgabe sofort mit lebhaftester Billigung, verspricht die äußerste Festigkeit und Energie, reist endlich, als er rund abgewiesen wird, unter Drohungen nach Paris. Natürlich war man dort noch viel weniger fertig, als im Juli 1866. Es bleibt Nichts übrig, als den Rückzug anzutreten; doch sucht man die geheimen Verhandlungen wenigstens zuerst noch über Landau, Saarbrücken und Saarlouis, vor Allem aber dann weiter über Luxemburg und Belgien fortzuspinnen. Erst allmälig bemerkt Herr Benedetti, daß Preußen an Rußland einen weniger anspruchsvollen und uneigennützigeren Freund zu finden, und daß dieser eine Freund ihm zu genügen scheine. Man weiß nicht, ob man mehr über die Frechheit oder die Kurzsichtigkeit dieser Leute erstaunen soll. Da sie so beschaffen waren, so war es gewiß durchaus gerechtfertigt, die „dilatorischen" Verhandlungen gelegentlich wieder auf ihr Andringen aufzunehmen, um den Frieden Europas zu erhalten und allmälig doch vielleicht zu einem Verhältniß mit Frankreich zu gelangen, das den fortwährend drohenden verhängnißvollen Zusammenstoß abwendete.

Die „Nordd. Allg. Ztg." wendet sich mit großer Entschiedenheit gegen die wiederholt in der Tagespresse ausgesprochene Forderung an die Reichsregierung, daß Elsaß-Lothringen mit eiserner Faust regiert werde. Sie erklärt diese Forderung für unbegründet und für unpolitisch und sagt dann: Dieses Drängen wird ergebnißlos bleiben; hätte es eine Wirkung, so könnte diese nur eine schädliche sein, indem es mit rauher Hand eine unwillkürliche, stetige Aussöhnung mit dem nicht mehr zu ändernden Stande der Dinge im Keim ersticken, die Gemüther in Unruhe versetzen, den Widerwillen steigern und die Kreise der Wohlgesinnten irritiren würde. Aber solcher vorlaute Eifer hat glücklicherweise nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Die Reichsregierung wird sich dadurch in keiner Weise beirren lassen. Es fehlt ihr weder an Einsicht noch an Festigkeit; darüber darf sich Niemand, auch in Elsaß-Lothringen, einer Täuschung hingeben. Eben weil sie sich stark fühlt und nicht planlos und umhertastend die Dinge anfaßt, sondern ein durchdachtes System verfolgt, ist sie im Stande, die Herrschaft über die wiedergewonnenen Lande in einem Geiste des Wohlwollens zu handhaben, der gewaltiger, als die brutale Gewalt mit Furcht und Schrecken, in naturgemäßem Verlauf der Entwickelung Elsaß-Lothringen bestimmen wird, von ganzem Herzen wieder deutsch zu sein.

Für den Antrag der Fortschrittspartei des Reichstags auf Einschaltung eines Artikels in die Verfassung, worin bestimmt wird, daß sämmtliche deutsche Bundesstaaten eine constitutionelle Verfassung mit Volksvertretung haben müssen, sind sämmtliche liberale Fractionen des Hauses gewonnen worden, so daß die Annahme desselben gesichert ist. Der Antrag bezieht sich zunächst auf Mecklenburg und verdankt seine Formulirung unzweifelhaft zunächst den Vertretern Mecklenburgs im Reichstage. Es wird angenommen, daß die übrigen Fractionen principiellen Widerspruch gegen den Antrag nicht erheben, da es sich eigentlich von selbst versteht, daß innerhalb Deutschlands andere staatliche Zustände als die geforderten nicht existiren dürfen, schon weil die Verfassung des deutschen Reichs wie der gesammte Organismus desselben allerwärts streng constitutionelle Normen in allen Bundesstaaten zur Voraussetzung haben. Der Antrag wird in der ersten Hälfte der laufenden Woche ins Plenum kommen. Er formulirt einen Gesetzvorschlag zur Abänderung der Verfassung. Zu vermuthen steht, daß der Bundesrath dem Reichstage opponiren wird, sei es, weil er sich gegen jede Verfassungsänderung sträubt, sei es, weil er jeder Bundesregierung möglichst freien Spielraum wahren will. Um so mehr würde es Sache des Reichstages sein, an dem Antrage fest zu halten, da es des deutschen Parlaments Aufgabe ist, dem gesammten deutschen Volke wie einem einzelnen Gliede desselben kräftigen Beistand zu leisten, vor allem da, wo es gilt, constitutionelle Rechte zu vertheidigen.

Die treueste Rathgeberin der Napoleone ist die Königin der Niederlande, die Tochter des verstorbenen Königs Wilhelm von Württemberg, also eine deutsche Fürstentochter. Während des Krieges beschämte dieselbe die französischen Patriotinnen durch ihre Fürsorge für französische Verwundete. Neulich hat sie wieder eine politische Zusammenkunft mit ihrem Vetter, dem Prinzen Napoleon (Plon-Plon) gehabt. Denn auch jetzt noch glaubt sie nicht blos an die Wiederherstellung des Napoleonischen Kaiserreiches, sondern auch an die Hinfälligkeit der neuen Ordnung in Deutschland. Bei dem Besuch des deutschen Kaisers in Friedrichshafen hat sie sich nicht gescheut, ihrer Franzosenliebe und Abneigung gegen das deutsche Kaiserreich unumwundenen Ausdruck zu geben. Als ihr Bruder, König Karl von Württemberg, den Trinkspruch auf Kaiser Wilhem ausbrachte, wurde die Königin der Niederlande von einem so hartnäckigen Husten befallen, daß eine allgemeine peinliche Störung eintrat. In der württembergischen Residenz schwankt man noch zwischen Ergebung in die neuen Zustände und dem Streben, den Schein der alten Unabhängigkeit zu retten. Die große Angelegenheit, die jetzt daselbst behandelt wird, ist die Verheirathung des Erbprinzen Wilhelm. Man fürchtet, daß dieser junge Mann von leicht bestimmbarem Wesen allzu unbedingt ins preußische Fahrwasser geriethe, wenn er seinen Wunsch, eine preußische Prinzessin zu heirathen, ausführe. So will ihn denn die Königin mit einer russischen Verwandten, Großfürstin Vera, die sie schon lange für ihn bereit gehalten, vermählen. Populär wäre diese neue russische Heirath in Württemberg gegenwärtig gar nicht.

In Gotha sind seit dem 17. October die sämmtlichen Vorsteher von der Betriebscontrole der deutschen Eisenbahnen (31 Personen) versammelt, um sich bezüglich der auf Veranlassung der Etappen-Commissionen während und nach dem Kriege auf den Eisenbahnen beförderten Militairs gegenseitig zu berechnen und die Sache zu ordnen. Die Herren haben das Hotel zum Thüringer Hofe zu ihren Sitzungen gewählt und sind bei dem freundlichen Eigenthümer desselben gut aufgehoben. Zehn Tage werden zu dem zeitraubenden und verwickelten Geschäfte nöthig sein.

Die Krisis in Oesterreich hat ihre Lösung noch immer nicht gefunden. Die „N. Fr. Pr." glaubt am 20. October die Vorhersage wagen zu dürfen, daß die Stellung des Grafen Hohenwart eine ernstlich bedrohte ist, falls derselbe nicht die principiellen Voraussetzungen, über die Beust und Andrassy sich mit Lonyay und Kuhn geeinigt haben, für das neue Rescript annimmt.

Aus den südlichen Halbinseln Europas, aus Italien und Spanien liegen heute nur Nachrichten hinsichtlich der Internationale vor. Ein italienischer Correspondent des „Genfer Journ." schreibt demselben, daß die Internationale sich in Turin förmlich constituirt habe und die dortige Arbeiterföderation sich offen als deren Anhängerin bezeichne. Der Correspondent macht darauf aufmerksam, daß Norditalien bisher von dieser Agitation noch ziemlich verschont geblieben sei. Bisher seien alle Stände Italiens nur von dem Gedanken und Streben nach Nationaleinheit erfüllt gewesen, jetzt nachdem diese erreicht sei, scheinen die Gemüther gleichsam eines anderen Stoffes für ihre geistige Thätigkeit zu bedürfen und der Arbeiter wende sich naturgemäß einer Frage zu, welche ihm neue Perspectiven eröffnet und ihn in goldenen Zukunftsträumen wiegt. Hierin liege die Verführung und in dieser Verführung die Gefahr. Die italienische Regierung verkenne diese Gefahr nicht, die vielleicht bei den leicht erregbaren südlichen Temperamenten ernster sei als bei den englischen Arbeitern. Sie sei daher entschlossen, den Arbeitern zwar jede mit den Gesetzen des Staates verträgliche Bewegungsfreiheit zu lassen, aber ebenso allen Ausschreitungen mit ganzer Energie entgegenzutreten und namentlich keine Vereine zu dulden, die unter dem Deckmantel der Arbeiterfrage etwa Tendenzen verfolgen, die gegen den Staat und die von der Nation gewollte Regierungsform gerichtet seien.

Die gesetzgebenden Gewalten Spaniens sind bekanntlich gleichfalls seit längerer Zeit mit dieser Bewegung beschäftigt, deren Behandlung in dem Programm der gegenwärtig mit einander ringenden beiden liberalen Parteien auch ihren Platz gefunden hat. Telegrammen der Pariser Blätter zufolge sollte der Deputirte Emilio Castelar sich in der Abendsitzung der Cortes vom 19. October Namens der republikanischen Partei dahin aussprechen, daß dieselbe keineswegs mit den Doctrinen der internationalen solidarisch verbunden sei, daß sie aber die Legalität der Propaganda und Organisation derselben anerkenne und unterstütze (!). Die Internationale sei in England nicht verboten und rufe dort keine Conflicte hervor, jede Verfolgung werde aber zu ähnlichen Katastrophen führen, wie die von Paris. Die socialen Fragen ersticken statt sie zu discutiren hieße die Internationale zu einer geheimen Gesellschaft machen und an die Stelle gesetzlicher Schritte revolutionaire Schritte setzen. Er werde gegen eine so reactionaire Maßregel ankämpfen, die nur zu neuen Revolutionen führen könne. Nach dieser Erklärung des Chefs der republikanischen Partei in Spanien werden die dortigen Internationalen fortan in dieser Partei ihre besten Verbündeten zu erblicken haben, die ihnen den leichteren Weg einer Revolution mittelst geeigneter Kammerbeschlüsse an Stelle des gefährlicheren Weges der Gewalt eröffnen. Die gemäßigten Parteien wie die Krone in Spanien werden dem gegenüber ihre Maßnahmen zu treffen haben.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 22. October. Das amtliche Blatt der Staatsregierung bringt folgende Nachrichten über die aus Frankreich zurückkehrende 24. Infanterie-Division: Dieselbe wird in den Tagen vom 30. October bis 5. November in der Heimath eintreffen und in nachstehender Weise in ihren Garnisonen und Standquartieren einrücken:

30. October Abends resp. 31. October: zwei Batterien Artillerie in Freiberg;

1. November: Regimentsstab und 1. und 2. Bataillon 7. Infanterieregiments Nr. 106 in Chemnitz, 3. Bataillon desselben Regiments in Marienberg;

2. November: Divisionscommando, Commando der 48. Infanteriebrigade, Regimentsstab und drei Bataillone 8. Infanterieregiments Nr. 107, sowie 2. Reiterregiment in Leipzig (danach ist also das Telegramm in vor. Nr. zu berichtigen);

3. November: 2. Reiterregiment in Grimma, resp. Laußigk; 3. Bataillon 8. Infanterieregiments Nr. 107 in Wurzen; Regimentsstab und